

Integration in Richtung Währungs- und Wirtschaftsunion lohnt sich

Im Wahlkampf um das Europäische Parlament fällt auf, dass nicht nur bei den großen Parteien die zentralen Themen Währungs- und Wirtschaftsunion viel zu wenig aufgegriffen werden. Diese Themenverdrängung überrascht. Denn vor allem die bedrohliche Eurokrise, die noch längst nicht überwunden ist, hat zu einer allerdings unterschiedlich motivierten gefährlichen Vertrauenskrise gegenüber dem Gesamtprojekt EU geführt. Verantwortlich dafür sind auch die unterschiedlichen Spaltungsprozesse, die die Eurokrise ausgelöst und das Krisenmanagement vertieft hat. Auf der einen Seite stehen Krisenländer, die durch die aufoktroyierte Rettungspolitik der Geberländer ökonomisch zerstört und sozial ins Elend abgedrängt wurden. Auf der anderen Seite fühlen sich Bürger in den Geberländern bedroht, die Kredite und Bürgschaften für die Rettungsprogramme könnten platzen.

Schließlich versuchen nationalistische und rechtsradikale Kräfte aus den irrational hochgespielten Bedrohungen Kapital zu schlagen. Die Debatte über die Zukunft der EU muss endlich durch die zentralen Fragen nach der Zukunft des Eurowährungssystems zusammen mit weiteren Schritten zu einer Wirtschaftsunion politisiert werden.

Derzeit macht sich der Eindruck breit, der Euro sei nach dramatischen Rettungsaktionen einigermaßen stabil. Ja, es werden unverantwortlich kurzfristige Erfolgsmeldungen verbreitet. Portugal habe sich aus dem Rettungsfonds abgemeldet. In Griechenland weise der öffentliche Haushalt ohne Zinsbelastungen einen leichten Überschuss auf, ja, Staatsanleihen könnten wieder am Kapitalmarkt abgesetzt werden. Deshalb vom Ende der Eurokrise zu fabulieren, ist politisch unverantwortlich. Beispielsweise ist nach über sechs Jahren Rezession die griechische Wirtschaft so geschwächt, dass sie niemals aus eigener Kraft zum Aufschwung zurückzufinden kann. Tief in die Mittelschicht hinein hat sich soziale Armut Platz geschaffen. Mit einer Arbeitslosenquote bei Jugendlichen von über 50 % - wie auch in Portugal und Spanien - ist eine komplette Generation ihrer Zukunftschancen beraubt worden. Die Ursache für diesen ökonomischen und sozialen Aderlass ist auch auf die Schuld- und Sühnepolitik der Geberländer zurückzuführen. Nach dem Motto: Wer Jahre lang verschwenderisch gelebt habe, der müsse auch Sühne in Form von sozialen Opfern leisten. Jedoch, die dem zu rettenden Land abverlangten Gegenleistungen für Finanzhilfen durch massiven Abbau der Sozialausgaben und des öffentlichen Dienstes sowie Lohnkürzungen sind gescheitert.

Die Lehre aus diesem ökonomischen und sozialen Missmanagement ist klar. Die Euro-Währungsunion kann nur gelingen, wenn die Wirtschaftsstrukturen in den Krisenländern durch eine aktive Politik nach dem Muster des Marshall- Plans gestärkt werden. Die Krisenstaaten müssen jedoch als Gegenleistung ihren demokratischen Staat reformieren und Korruption bekämpfen. Dagegen sind Vorschläge, nach denen in Griechenland wieder die Drachme einzuführen sei, ökonomisch dumm und politisch

falsch. Wie soll eine abgewertete Drachme die Exportwirtschaft, die erst noch aufgebaut werden muss, durch internationale Preisvorteile in Schwung bringen?

Das Kernproblem des Eurolandes sind die extrem unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und damit der Wirtschaftskraft. Der Fehler wurde bereits dem Ende 1990 verhandelten „Maastrichter Vertrag“ eingepflanzt. Die daraus folgenden Krisenprozesse haben mittlerweile einen allerdings viel zu zögerlichen Lernprozess ausgelöst. Der Rettungsfonds, der die Anschlussfinanzierung von zu tilgenden Staatsanleihen in den Krisenländern regelt, verschafft Zeit, die auch für eine erfolgreiche Stabilisierungspolitik genutzt werden muss. Das unmissverständliche Bekenntnis von Mario Draghi, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, am 26. Juli 2012 vor einer kleinen Gruppe der wichtigsten Finanzinvestoren der Welt in London hat die Spekulanten endgültig vertrieben. Heute lässt sich nicht mehr erfolgreich auf den Absturz eines Eurolandes wetten. Die Europäische Zentralbank hat ihre Aufgabe, einen gemeinschaftlichen Währungsraum herzustellen, begriffen. Schließlich richtet sich die Geldpolitik gegen die immer noch spürbare Vertrauenskrise zwischen den Banken. Deshalb scheitert derzeit auch die Weitergabe des billigen Geldes der EZB als Anreiz zur Kreditvergabe durch die Banken. Die Geldpolitik kann jedoch allein den Euro- und Wirtschaftsraum nicht stabilisieren. Die Finanzpolitik muss flankierend die Aufschwungkkräfte stärken. Dazu gehört eine expansive, über die EU koordinierte Finanzpolitik, die vor allem Infrastrukturprojekte in der EU ermöglicht und den Aufbau von Wirtschaftsstrukturen vor allem in den Krisenländern forciert. Derzeit stehen die Ziele einer Schrumpfunion durch die Fiskalunion dieser Aufgabe entgegen.

Also, die Krise lehrt, eine voranschreitende Integration zur Stabilisierung der Eurowährung und der Ausbau einer koordinierten Finanz- und Wirtschaftspolitik sind erforderlich. Ein gut gemanagter Euro lohnt sich ökonomisch und politisch auch für Deutschland.

Mai 2014

Der Beitrag basiert auf dem Buch:

Rudolf Hickel/Johann-G. König, Euro stabilisieren – EU demokratisieren – Aus den Krisen lernen, Bremen 2014